

IM NAMEN DER REPUBLIK

Das Bundesfinanzgericht hat durch den Richter R in der Beschwerdesache Bf, Adresse1, vertreten durch Mag. Christian Posch, Fürstenallee 17/3, 5020 Salzburg, über die Beschwerde vom 29.4.2013 gegen den Bescheid der belangten Behörde Zollamt Salzburg vom 22.11.2012, Zahl: 600000/00000/09/2011, betreffend Altlastenbeitrag für das 2. und 3. Quartal 2009 sowie Säumnis- und Verspätungszuschlag zu Recht erkannt:

Der Beschwerde wird gemäß § 279 BAO teilweise Folge gegeben.

Die Festsetzung des nachzufordernden Altlastenbeitrages für 8.213 Tonnen Bodenaushubmaterial entfällt ersatzlos.

Die Abgabefestsetzung wird folgendermaßen abgeändert:

Abgabenart	Satz	Betrag in €
Altlastenbeitrag 3. Quartal 2009	€ 8,00 je	
900 Tonnen mineralische Baurestmassen	angefangene Tonne	7.200,00
Säumniszuschlag	2% des Abgabebetrages	144,00
Verspätungszuschlag	5% des Abgabebetrages	360,00
Gesamtsumme		7.704,00

Daraus ergibt sich folgende Gegenüberstellung:

Abgabenart	bisherige Festsetzung	Neufestsetzung	Unterschiedsbetrag
Altlastenbeitrag (OML)	72.904,00 €	7.200,00 €	65.704,00 €

Säumniszuschlag (OSZ)	1.458,08 €	144,00 €	1.314,08 €
Verspätungszuschlag (1ZN)	3.645,20 €	360,00 €	3.285,20 €
Summe	78.007,28 €	7.704,00 €	70.303,28 €

Gegen dieses Erkenntnis ist eine Revision an den Verwaltungsgerichtshof nach Art. 133 Abs. 4 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG) nicht zulässig.

Entscheidungsgründe

Das Zollamt Salzburg hat bei Bf (nachstehend mit "Bf" bezeichnet), Adresse1, eine Nachschau durchgeführt, um die Einhaltung der Bestimmungen des Altlastensanierungsgesetzes (in der Folge "ALSAG") im Zeitraum 2006 bis 2011 zu überprüfen. Dabei wurde laut Niederschrift vom 16.5.2012, Zahl: 600000/00000/2012, ua festgestellt, dass vom Amt der Salzburger Landesregierung festgestellte Abfallbehandlungen bzw -verwendungen in den Jahren 2009 und 2010 (Annahme und Aufschüttung von Bodenaushub am Grundstück 1; Verarbeitung von Bau- und Abbruchholz zu Brennmaterial und Übergabe an das Fernkraftwerk X; Weitergabe von Baurestmassen, die mit einem mobilen Brecher gebrochen worden sind) der Beitragspflicht nach dem ALSAG unterliegen, da

- entsprechende Qualitätssicherungsmaßnahmen für verbautes Recyclingmaterial nicht getroffen worden sind;
- eine naturschutz- oder wasserrechtliche Bewilligung betreffend die vorgenommene Geländeverfüllung nicht vorgelegen hat und
- die erlaubten Fristen für das Lagern von Abfällen offensichtlich überschritten worden sind.

Der Bf hat zum Teil nachträglich Qualitätsprüfberichte vorgelegt und bereits vor Prüfungsbeginn zwecks Erlangung einer naturschutzrechtlichen Bewilligung betreffend die Geländeaufschüttung (Bodenaushub) laut Punkt 4.3.2. der Niederschrift bei der zuständigen Bezirkshauptmannschaft vorgesprochen.

In der Folge hat das Zollamt Salzburg eine Reihe von Abgabenbescheiden erlassen.

Mit Bescheid vom 22.11.2012, Zahl: 600000/00000/09/2011, wurde gegenüber dem Bf Altlastenbeitrag für das 2. Quartal 2009 (Fälligkeit: 15.8.2009) für 4.100 Tonnen Bodenaushubmaterial und für das 3. Quartal 2009 (Fälligkeit: 15.11.2009) für 4.113 Tonnen Bodenaushubmaterial und für 900 Tonnen recycelte mineralische Baurestmassen in Höhe von insgesamt € 78.007,28 (inklusive Säumnis- und Verspätungszuschlag) festgesetzt.

In der Begründung wird ausgeführt, der Bf habe laut den Abfallbilanzen 2009 bis 2011 9.168 Tonnen an Bodenaushubmaterial entgegengenommen und auf dem Grundstück 1, aufgeschüttet und einplaniert. Im Jahr 2008 habe er laut seiner Aussage 4.800 Tonnen

Bodenaushubmaterial entgegengenommen. Es sei beabsichtigt, das genannte Grundstück mit einer Größe von 15.329 m² dem Straßenniveau anzupassen. Die nach dem Salzburger Naturschutzgesetz erforderliche naturschutzrechtliche Bewilligung für die Verfüllmaßnahme liege nicht vor.

Weiters wurden vom Bf in den Jahren 2007 bis 2011 laut Abfallbilanz 1.550 Tonnen Baurestmassen entgegengenommen und am Betriebsgelände gelagert. Anlässlich einer Betriebsbegehung durch die Prüfer des Zollamtes am 28.3.2012 wurden 1.155 Tonnen Baurestmassen vorgefunden. Überdies sei festgestellt worden, dass 1.988 Tonnen Baurestmassen in den Jahren 2009 bis 2011 für verschiedene Verfüllmaßnahmen verwendet worden seien, für die keine Qualitätssicherung vorliege.

Der Bf verfüge seit dem 18.8.2009 über eine abfallrechtliche Bewilligung der zuständigen Bezirkshauptmannschaft für die Errichtung eines Abfallhofes auf Grundstück 2, Gemeinde X, wodurch die Lagerung von Abfällen zur Entsorgung oder Verwertung zulässig sei.

Die jeweiligen Mengen für die Beitragsvorschreibung für das Jahr 2009 würden sich aus der Abfallbilanz und der Aussage des Bf ergeben.

Laut Stellungnahme des Bf sei eine wasser- und naturschutzrechtliche Bewilligung für die Verfüllung mit Bodenaushubmaterial nicht notwendig. Diesbezüglich wird auch ein Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde X vorgelegt. Hinsichtlich der Baurestmassen gibt er ua an, im Jahr 2009 bei der Wirtschaftskammer einen Kurs für die Prüfung als Abfallbeauftragter belegt zu haben. Dass es wenig später wieder eine Änderung im Abfallwirtschaftsgesetz (AWG) gegeben habe, habe er nicht gewusst. Außerdem habe er die Prüfberichte betreffend die gebrochenen Baurestmassen nachgeholt.

Das Zollamt hält die Maßnahmen für unzulässig und stützt die Vorschreibung auf die zum Zeitpunkt der Verfüllmaßnahmen fehlende naturschutzrechtliche Bewilligung und die Nichteinhaltung der Auflagen nach dem Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2006 (Bodenaushubmaterial) bzw das nicht vorhandene Qualitätssicherungssystem und fehlende Untersuchungsergebnisse (Baurestmassen).

Der Bf sei Beitragsschuldner, weil er die beitragspflichtigen Tätigkeiten veranlasst habe. Die erstmalige bescheidmäßige Festsetzung des Altlastenbeitrags erfolge, weil der Bf weder eine Anmeldung bei der Abgabenbehörde abgegeben noch die Beiträge entrichtet habe, obwohl er dazu verpflichtet gewesen wäre.

Wegen der verspäteten Entrichtung falle überdies ein Säumniszuschlag (2%) und ein Verspätungszuschlag (5%) an.

Nach mehrmaliger Verlängerung der Berufungsfrist hat der Bf mit Schreiben vom 29.4.2013 durch seinen Vertreter Berufung (nunmehr Beschwerde) gegen den oa Bescheid erhoben und dessen Aufhebung beantragt.

In der Begründung wird zusammenfassend vorgebracht, die Ablagerung des Bodenaushubmaterials sei nach § 25 Salzburger Naturschutzgesetz 1999 nicht bewilligungspflichtig gewesen, da die Maßnahmen auf einer Fläche von insgesamt nicht mehr als 5.000 m² erfolgten. Die Behörde, die von einer Fläche von rund 5.600 m² ausgeht, habe

die Ermittlung der Fläche mittels GPS-Ortung mangelhaft dokumentiert bzw durchgeführt. Die tatsächliche Fläche betrage laut Bf 4.386,61 m², was durch eine SAGIS-Aufnahme und eine Vermessung durch ein Vermessungsorgan einer örtlichen Firma belegt werden soll. Der Bf beantragt dazu ein exaktes Vermessungsgutachten eines Zivilgeometers sowie einen Lokalausweis zum Beweis, dass das verfüllte Material unbedenklich und in keiner Weise verunreinigt war.

Die Geländeverfüllung habe der Bf ausschließlich aus landwirtschaftlichem Interesse vorgenommen und nicht im Sinne des Betriebs einer Deponie.

Der verfüllte Bodenaushub für das Kalenderjahr 2009 habe auch nicht 8.213 Tonnen, sondern nur 8.188 Tonnen betragen, was durch Vorlage der Bodenaushubsrechnungen für das Jahr 2009 belegt werden soll. Das Material stamme fast zur Gänze von der Baustelle der Wildbachverbauung Y und sei vollkommen unbedenklich, sortenrein und in keiner Weise verunreinigt oder kontaminiert. Eine entsprechende Bestätigung der Wildbach- und Lawinenverbauung werde nachgereicht.

Fehlende Nachweise und Dokumentationspflichten nach dem Abfallwirtschaftsplan 2006 könne der Bf im Berufungsverfahren durch gleichwertige Nachweis ersetzen. Bei entsprechender Aufforderung hätte er entsprechende Nachweise bereits anlässlich der Betriebsprüfung erbringen können.

Bezüglich der 900 Tonnen mineralische Baurestmasse für das 3. Quartal 2009 führt der Bf aus, das von der Firma im Jahr 2009 das Betriebsgelände X mit 900 Tonnen Recyclingmaterial beliefert worden sei. Diese Material sei von der befugten Fachfirma OG überprüft und mit RMH III 0/63 bewertet worden. Als Nachweis der Güte- und Qualitätsklasse wird der nachträglich erstellte Prüfbericht vom 10.5.2012 vorgelegt, der auch für 2009 Relevanz habe (Probeentnahme am 12.4.2012).

Auch durch durchgeführte Kontrollen auf den Baustellen, könne die Unbedenklichkeit des verwendeten Recyclingmaterials nachgewiesen werden. Das Material entspreche den Vorgaben des Österreichischen Baustoff Recycling Verbands (BRV) und sei somit zur Verwertung geeignet. Die Güte- und Qualitätsklasse sei jedenfalls so hochwertig, dass für die 900 Tonnen kein ALSAG-Beitrag vorzuschreiben sei.

Neben einer Reihe von Beweisansträgen beantragt der Bf auch die Durchführung einer mündlichen Berufungsverhandlung und die Aussetzung der Abgaben.

Nach Durchführung ergänzender Ermittlung hinsichtlich der Mengen an Bodenaushubmaterial und des Zeitpunktes der Verfüllungsmaßnahmen sowie der Einholung weiterer Unterlagen hat das Zollamt Salzburg über die Beschwerde mit Beschwerdeverentscheidung vom 26.6.2014, Zahl: 600000/00000/20/2011, entschieden und die Festsetzung des nachzufordernden Altlastenbeitrages für Bodenaushubmaterial für das 2. Quartal 2009 auf die Menge von 2.402 Tonnen abgeändert; die Festsetzung für das 3. Quartal entfällt. Hinsichtlich der mineralischen Baurestmassen bleibt die Festsetzung für das 3. Quartal unverändert. Im Übrigen wird die Beschwerde abgewiesen.

Daraus ergibt sich eine Abgabefestsetzung von insgesamt € 28.265,12 (inklusive Zuschläge).

In der Begründung der Entscheidung führt die Abgabenbehörde aus, warum sie von einer Entledigungsabsicht des Bodenaushubmaterials ausgeht und die subjektive Abfalleigenschaft bejaht. Das Zollamt verweist überdies darauf, dass die Verfüllungsmaßnahmen noch nicht abgeschlossen sind und die Fläche, auf der die Maßnahmen erfolgen, insgesamt mehr als 5.000 m² betragen wird, womit nach der Ansicht eine Bewilligungspflicht nach dem Salzburger Naturschutzgesetz 1999 besteht. Eine entsprechende Bewilligung habe der Bf mittlerweile beantragt. Durch die nachträgliche Einholung einer fehlenden Bewilligung könne die einmal entstandene Abgabenschuld jedoch nicht rückwirkend gemacht werden.

Auch unter Berücksichtigung der vom Bf im Verfahren vorgelegten Unterlagen, geht das Zollamt weiterhin davon aus, dass die Angaben in der Jahresabfallbilanz des Jahres 2009 den Tatsachen entsprechen und legt im Wege der Schätzung die darin vom Bf selbst erklärte Menge an Bodenaushubmaterial der Abgabenfestsetzung zu Grunde.

Die vorgelegten Unterlagen lassen jedoch Rückschlüsse auf den Entstehungszeitpunkt der Beitragsschuld zu. Demnach kann die Verfüllung von 2.402 Tonnen Bodenaushubmaterial dem 2. Quartal zugeordnet werden und von 5.811 Tonnen dem 3. Quartal.

Die Festsetzung des Altlastenbeitrags für Bodenaushubmaterial war daher für das 2. Quartal entsprechend abzuändern und hatte für das 3. Quartal mangels beitragspflichtiger Tätigkeit zu entfallen. Eine erstmalige Festsetzung für die im 4. Quartal verfüllte Menge ist im Rahmen des Beschwerdeverfahrens nicht zulässig.

Der vom Bf vorgelegte Prüfbericht bezüglich Güte und Qualität der mineralischen Baurestmassen vermag nach Ansicht der Behörde das in [§ 3 Abs 1a Z 6 ALSAG](#) normierte Qualitätssicherungssystem nicht zu ersetzen. Auf die verfahrensgegenständlichen Baurestmassen sei die Ausnahmebestimmung der Z 6 des § 3 Abs 1a ALSAG daher nicht anzuwenden.

Mit Schreiben vom 16.7.2014 hat der Bf durch seinen Vertreter beantragt, die Beschwerde gegen den Bescheid vom 22.11.2012 dem Bundesfinanzgericht zur Entscheidung vorzulegen. Dieses möge eine mündliche Verhandlung durchführen und durch einen Senat entscheiden.

Mit Schreiben vom 20.3.2018 hat der Bf dem Bundesfinanzgericht den Bescheid der Bezirkshauptmannschaft zu GZ. 2018 vom 2.3.2018 vorgelegt, in dem festgestellt wird, dass für das verfahrensgegenständliche Bodenaushubmaterial keine beitragspflichtige Tätigkeit iSd [§ 3 Abs 1 Z 1 lit c](#) ALSAG besteht.

Eine gegen diesen Feststellungsbescheid erhobene Beschwerde des Bundes, vertreten durch das Zollamt Salzburg, hat das Salzburger Landesverwaltungsgericht mit Erkenntnis vom 11.7.2018, 405-2/121/1/13-2018, als unbegründet abgewiesen. Diese Entscheidung ist in Rechtskraft erwachsen.

Mit Mitteilung vom 22.4.2020 hat der Bf schriftlich auf die Durchführung einer mündlichen Verhandlung und Senatsentscheidung verzichtet.

Das Bundesfinanzgericht hat erwogen:

Gemäß § 3 Abs 1 Z 1 lit c ALSAG idmF unterliegt das Verfüllen von Geländeunebenheiten (ua das Verfüllen von Baugruben oder Künetten) oder das Vornehmen von Geländeanpassungen (ua die Errichtung von Dämmen oder Unterbauten von Straßen, Gleisanlagen oder Fundamenten) oder der Bergversatz mit Abfällen dem Altlastenbeitrag.

Ausgenommen von der Beitragspflicht sind gemäß [§ 3 Abs 1a ALSAG](#) ua

- Bodenaushubmaterial, sofern dieses zulässigerweise für eine Tätigkeit gemäß Abs 1 Z 1 lit c verwendet wird (Z 4),
- mineralische Baurestmassen, wie Asphaltgranulat, Betongranulat, Asphalt/Beton-Mischgranulat, Granulat aus natürlichem Gestein, Mischgranulat aus Beton oder Asphalt oder natürlichem Gestein oder gebrochene mineralische Hochbaurestmassen, sofern durch ein Qualitätssicherungssystem gewährleistet wird, dass eine gleichbleibende Qualität gegeben ist, und diese Abfälle im Zusammenhang mit einer Baumaßnahme im unbedingt erforderlichen Ausmaß zulässigerweise für eine Tätigkeit gemäß Abs 1 Z 1 lit c verwendet werden (Z 6).

Beitragsschuldner ist gemäß [§ 4 Z 3 ALSAG](#) derjenige, der die beitragspflichtige Tätigkeit veranlasst hat; sofern derjenige, der die beitragspflichtige Tätigkeit veranlasst hat, nicht feststellbar ist, derjenige, der die beitragspflichtige Tätigkeit duldet.

Die Bemessungsgrundlage ist gemäß [§ 5 ALSAG](#) die Masse des Abfalls entsprechend dem Rohgewicht. Als Rohgewicht gilt das Gewicht des Abfalls mit seinen Verpackungen.

Im Jahr 2009 hat der Altlastenbeitrag für beitragspflichtige Tätigkeiten gemäß § 3 Abs 1 Z 1 bis 4 gemäß § 6 Abs 1 Z 1 je angefangene Tonne für Erdaushub oder Baurestmassen oder gleichartige Abfälle aus der Produktion von Baustoffen gemäß Anhang 2 der Deponieverordnung 2008, BGBl. II Nr. 39/2008, 8,00 Euro betragen.

Gemäß [§ 7 Abs 1 ALSAG](#) entsteht die Beitragsschuld im Fall der Beförderung von Abfällen zu einer Tätigkeit gemäß § 3 Abs 1 Z 1 bis 3a außerhalb des Bundesgebietes mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die Beförderung begonnen wurde, bei allen übrigen beitragspflichtigen Tätigkeiten mit Ablauf des Kalendervierteljahres, in dem die beitragspflichtige Tätigkeit vorgenommen wurde.

Gemäß [§ 10 Abs 1 ALSAG](#) hat die Behörde (§ 21) in begründeten Zweifelsfällen auf Antrag des in Betracht kommenden Beitragsschuldners oder des Bundes, vertreten durch das Zollamt, durch Bescheid festzustellen,

1. ob eine Sache Abfall ist,

2. ob ein Abfall dem Altlastenbeitrag unterliegt,
3. ob eine beitragspflichtige Tätigkeit vorliegt,
4. welche Abfallkategorie gemäß § 6 Abs. 1 vorliegt,
5. ob die Voraussetzungen vorliegen, die Zuschläge gemäß § 6 Abs. 2 oder 3 nicht anzuwenden,
6. welche Deponie(unter)klasse gemäß § 6 Abs. 4 vorliegt.

Mit Bescheid vom 2.3.2018, Zahl: 2018, hat die gemäß [§ 21 ALSAG](#) zuständige Bezirksverwaltungsbehörde auf Antrag des Bf rechtskräftig festgestellt:

"Für das Bodenaushubmaterial, welches in den Jahren 2008 bis 2011 auf der GN1 X aufgeschüttet wurde, wird unter Berücksichtigung der eingereichten Unterlagen und der eingeholten Stellungnahmen der Amtssachverständigen festgestellt, dass keine beitragspflichtige Tätigkeit iSd § 3 Abs. 1 Z 1 lit c ALSAG besteht, da die Ausnahmebestimmung des § 3 Abs. 1a Z 4 iVm Abs. 1 lit c ALSAG zur Anwendung gelangt und eine Beitragspflicht dadurch nicht gegeben ist."

Aufgrund dieses Feststellungsbescheides erweist sich die Festsetzung des Altlastenbeitrages für das verfahrensgegenständlichen Bodenaushubmaterial für das 2. und 3. Quartal 2009 als rechtswidrig. Da hinsichtlich dieses Materials keine beitragspflichtige Tätigkeit vorliegt, gibt es auch keinen Entstehungszeitpunkt iSd § 7 ALSAG, weshalb eine zeitliche Zuordnung der Maßnahmen unterbleiben kann.

Was die Verfüllung der recycelten mineralischen Baurestmassen betrifft, räumt der Bf selbst ausdrücklich ein, dass er im Jahr 2009 keine entsprechenden Qualitätssicherungsmaßnahmen getroffen hat.

Die Bemessungsgrundlage (900 Tonnen mineralische Baurestmassen für das 3. Quartal 2009) wird vom Bf nicht bestritten.

Ein weiteres Beweisverfahren ist diesbezüglich daher nicht erforderlich.

Im Bundes-Abfallwirtschaftsplan 2006 sind Anforderungen an die Qualität von Baurestmassen zur Verwertung festgelegt.

Die jeweils zulässigen Arten der Verwertung hängen laut Punkt 4.4.1 von der Qualität des Materials ab, für welche drei Klassen A+, A und B definiert wurden.

Bei der Herstellung der zu verwertenden Materialien ist durch ein Qualitätssicherungssystem eine gleichbleibende Qualität zu gewährleisten. Das Qualitätssicherungssystem umfasst die Aufbauorganisation, Verantwortlichkeiten, Abläufe, Verfahren und Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels und beinhaltet auch Vorgaben zur Eingangskontrolle, zur Eigen- und Fremdüberwachung, zu Aufzeichnungspflichten sowie zur Kennzeichnung als Information für

Anwender. Bei mobilen Anlagen ist die Sicherstellung des ordnungsgemäßen Betriebes durch Fremdüberwachung erschwert. Daher ist die Frequenz der Fremdüberwachung im Rahmen der Qualitätssicherung bei mobilen Anlagen gegenüber den stationären Anlagen zu erhöhen. Wenn die Richtlinie für Recycling-Baustoffe des BRV unter Berücksichtigung der vorstehenden Qualitätsanforderungen eingehalten wird, liegt jedenfalls eine umweltgerechte qualitätsgesicherte Aufbereitung von mineralischen Baurestmassen vor. Diese Richtlinie legt auch Anforderungen an bautechnischen Kriterien für den Recyclingbaustoff fest.

Zum Nachweis der festgelegten Anforderungen und Eigenschaften sind in der Richtlinie die anzuwendenden Prüfverfahren und die Häufigkeit der Überwachung für die entsprechenden Güte- bzw Qualitätsklassen festgelegt. So ist zur Feststellung, ob die Überwachungsvoraussetzungen und die für Recycling-Baustoffe festgelegten Anforderungen erfüllt werden können, eine Erstprüfung vorgesehen. Für die durchzuführenden Prüfungen sind Materialproben zu entnehmen; die Entnahme ist zu protokollieren und von den Beteiligten zu unterzeichnen. Diese Erstprüfung ist einmal pro Betrieb und Granulatart und vorgesehener Lieferkörnung nach festgelegten Prüfbestimmungen vorzunehmen.

Zudem ist der Recycling-Betrieb verpflichtet, die Eigenüberwachung durchzuführen und für eine kontinuierliche Überwachung der Einhaltung festgelegter Anforderungen selbst Sorge zu tragen oder allenfalls ein Labor damit zu beauftragen. Die Prüfergebnisse sind zu protokollieren. Aus dem zu verwendenden Formblatt müssen die Bezeichnung des Materials und die Herkunft, die durchgeführte Prüfung, Name des Prüfers, Ort und Datum, Auswertung des Vergleichs mit vorgegebenen Anforderungen sowie gegebenenfalls ein Mängelbericht mit Maßnahmen zur Behebung hervorgehen. Die Probenahmeprotokolle und Untersuchungsergebnisse der Eigenüberwachungen müssen jedenfalls aufliegen.

Für die Durchführung der Fremdüberwachung beauftragt der Recycling-Betrieb vom Güteschutzverband Recycling-Baustoffe zugelassene Prüfstellen. Dies dient zur Feststellung, ob die für Recycling-Baustoffe festgelegten Anforderungen erfüllt werden. Die Prüfungen sind in gewisser Häufigkeit durchzuführen, wobei bei maximal 20 Produktionstagen je Kalenderjahr, je Lieferkörnung, die jeweils zweite Prüfung entfallen kann. Die Probenahmeprotokolle und Untersuchungsergebnisse der Fremdüberwachung müssen jedenfalls aufliegen.

Die Aufzeichnungen müssen die Nachvollziehbarkeit der für die jeweilige Charge eingesetzten Inputmaterialien gewährleisten. Ebenso muss dokumentiert werden, welche Eigen- und Fremdüberwachungen für das jeweilige Material relevant sind. Die allgemeinen Aufzeichnungspflichten gemäß Abfallnachweisverordnung bleiben hiervon unberührt. Aus der Kennzeichnung muss jedenfalls hervorgehen, welche Inputmaterialien zur Herstellung der jeweiligen Recycling-Baustoffe herangezogen wurden. Weiteres sind die Güte- bzw Qualitätsklasse des Produktes zu kennzeichnen.

Nach der ständigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes (vgl etwa VwGH 30.5.2017, [Ra 2017/16/0066](#)) muss bereits im Zeitpunkt des Einbaus der Baurestmassen das in § 3 Abs 1a Z 6 ALSAG geforderte Qualitätssicherungssystem gegeben

sein und kann lediglich der Nachweis, dass bereits zu diesem Zeitpunkt ein solches System vorgelegen ist und dadurch seinerzeit die gleichmäßige Qualität der Baurestmassen sichergestellt war, noch nachträglich erbracht werden.

Vom Bf ist nachträglich der Prüfbericht der OG vom 10.5.2012 vorgelegt worden, um die Güte und Qualität der Baurestmassen zu belegen. Eine einmalige nachträgliche Prüfung vermag ein Qualitätssicherungssystem jedoch nicht zu ersetzen. Eine regelmäßige Güte- und Qualitätsüberwachung wurde seitens des Bf laut Aktenlage nicht durchgeführt, weshalb auch keine entsprechenden Aufzeichnungen darüber vorhanden sind.

Der Nachweis eines Qualitätssicherungssystems im Zeitpunkt des Einbaus der Baurestmassen konnte vom Bf nachträglich nicht erbracht werden und wird von ihm auch nicht behauptet, im Jahr 2009 über ein solches System verfügt zu haben.

Aus den dargelegten Gründen ist die Ausnahmebestimmung gemäß § 3 Abs 1a Z 6 ALSAG im vorliegenden Fall nicht anwendbar.

Wird eine Abgabe, ausgenommen Nebengebühren, nicht spätestens am Fälligkeitstag entrichtet, so sind gemäß [§ 217 Abs 1 BAO](#) Säumniszuschläge zu entrichten.

Der erste Säumniszuschlag beträgt 2% des nicht zeitgerecht entrichteten Abgabebetrages (§ 217 Abs 2 BAO).

Abgabepflichtigen, die die Frist zur Einreichung einer Abgabenerklärung nicht wahren, kann die Abgabenbehörde gemäß [§ 135 BAO](#) einen Zuschlag bis zu 10 Prozent der festgesetzten Abgabe (Verspätungszuschlag) auferlegen, wenn die Verspätung nicht entschuldbar ist; solange die Voraussetzungen für die Selbstberechnung einer Abgabe durch den Abgabepflichtigen ohne abgabenbehördliche Festsetzung gegeben sind, tritt an die Stelle des festgesetzten Betrages der selbst berechnete Betrag. Dies gilt sinngemäß, wenn nach den Abgabenvorschriften die Selbstberechnung einer Abgabe einem abgabenrechtlich Haftungspflichtigen obliegt. Verspätungszuschläge, die den Betrag von 50 Euro nicht erreichen, sind nicht festzusetzen.

Dass der Altlastenbeitrag für das 3. Quartal 2009 nicht zeitgerecht entrichtet worden ist, ist unbestritten.

Unter Berücksichtigung der aufgezeigten Umstände erscheint dem Bundesfinanzgericht die Auferlegung eines Verspätungszuschlages in Höhe von 5% der festgesetzten Abgabe durch das Zollamt im vorliegenden Fall verhältnismäßig und angemessen zu sein.

Es war daher wie im Spruch ausgeführt zu entscheiden.

Zulässigkeit einer Revision

Gegen ein Erkenntnis des Bundesfinanzgerichtes ist die Revision zulässig, wenn sie von der Lösung einer Rechtsfrage abhängt, der grundsätzliche Bedeutung zukommt, insbesondere

weil das Erkenntnis von der Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes abweicht, eine solche Rechtsprechung fehlt oder die zu lösende Rechtsfrage in der bisherigen Rechtsprechung des Verwaltungsgerichtshofes nicht einheitlich beantwortet wird.
Diese Voraussetzungen liegen im gegenständlichen Fall - insbesondere im Hinblick auf die zitierte Rechtsprechung - nicht vor.

Salzburg-Aigen, am 11. Mai 2020